



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Köngen
Gemeinderatsfraktion
mit
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



SPD-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

Gemeinde Köngen
Herrn Bürgermeister Weil
Rathaus

73257 Köngen

Köngen, den 16.03.14

Gemeinderatssitzung am 17.03.2014 – Haushaltsplanberatungen 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weil,

die SPD-Gemeinderatsfraktion und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 folgende Anträge:

1. Regenerative Energie

Im Einzelplan 6 Unterabschnitt 6000 „Bauverwaltung“ sind zusätzlich 10.000,-- EUR für die Untersuchung möglicher Standorte sowie Finanzierungs- bzw. Betreibermodelle und Partnerschaften für Photovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen. Die Prüfung soll sich ausdrücklich auch auf die Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaikanlage im Zusammenhang mit einem Lärmschutzbauwerk oder der möglichen Nutzung bereits vorhandener Böschungen an der A 8 erstrecken.

Begründung:

Die beschlossene und zwingend notwendige Energiewende erfordert viele dezentrale Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie. Die Verwaltung sieht gegenwärtig keine Option für Investitionen in neue Anlagen. Deshalb beantragen SPD-Fraktion und GRÜNE die erforderlichen Planungsmittel, um mögliche Standorte für den Bau von weiteren Photovoltaikanlagen zu prüfen. Die Rahmenbedingungen verändern sich. Deshalb ist auch die Frage von Betreibermodellen bzw. -partnerschaften (z.B. eine Bürgerenergiegenossenschaft), die einen möglichst hohen Anteil der Eigennutzung der erzeugten Energie ermöglichen, zu prüfen. Wegen der aktuellen Diskussion um den Lärmschutz an der A 8 und der möglichen Nutzung von Böschungen oder Lärmschutzwänden für Kollektoren ist die Frage der Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Option ausdrücklich in die Untersuchung einzubeziehen.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Köngen
Gemeinderatsfraktion
mit
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



SPD-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

2. Burgschule

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2014 eine Darstellung der im Zusammenhang mit der Einführung der Gemeinschaftsschule notwendigen Maßnahmen und zu erwartenden Kosten dem Gemeinderat vorzulegen.

Begründung:

Im Vermögenshaushalt sind lediglich 2.000 EUR für die Einführung der Gemeinschaftsschule veranschlagt. Im Verwaltungshaushalt werden für die Gemeinschaftsschule 6.000 EUR für Sachmittel bereitgestellt – für alle Schularten der Burgschule zusammen sollen 2014 die selben Mittel bereitgestellt werden, wie schon 2013.

Wir bezweifeln, dass dies ausreicht. Die Erhaltung des Schulstandortes mit der Einführung der Gemeinschaftsschule verlangt eine ausgezeichnete Ausstattung. Nur so kann die Burgschule die hohen Erwartungen der Eltern und der Schüler tatsächlich erfüllen. Wir fürchten, dass die im Haushalt vorgesehenen Mittel nicht reichen werden.

3. Gemeinwesenhaus

Im Einzelplan 4 „Soziale Sicherung“ sind erneut 10.000,-- EUR für die Planung und Untersuchung der Realisierbarkeit eines „Gemeinwesenhauses“ einzustellen.

Begründung:

In der Gemeinderatssitzung am 30.01.2012 haben Frau Lier (Diakonin vom Jugendtreff Schmelz) und Herr Dold (Jugendhaus Trafo) eine Konzeptidee für ein „Gemeinwesen-, Mehrgenerationenhaus“ vorgestellt. Unter dem Titel: „Starke Leistung für jedes Alter“ soll ein nachhaltiger, generationenübergreifender Dialog und so ein positiver Beitrag für Gemeinwesenarbeit in Köngen entstehen. Leider wurde die Projektidee im Gemeinderat bisher nicht mit dem notwendigen Nachdruck weiterverfolgt. Die SPD-Fraktion sieht allerdings durchaus eine Realisierungschance. Dazu ist allerdings eine konzeptionelle Weiterentwicklung und eine konkretere Planung erforderlich. 2013 waren auf Antrag der SPD zwar bereits Mittel dafür im Haushalt vorgesehen, leider sind die Planungen noch nicht angegangen worden. Die Mittel sind deshalb im Haushalt erneut zu veranschlagen, zumal die Verwaltung angekündigt hat, keine Haushaltsreste von 2013 in das laufende Haushaltsjahr übertragen zu wollen. In einem ersten Schritt ist noch 2014 unter Einbeziehung von Fachplanern gemeinsam mit Trafo, Schule, Vereinen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein Raumkonzept zu entwickeln, das Grundlage für die weiteren Planungen sein kann.



SPD-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

4. Tageseinrichtungen für Kinder

Die Verlängerung der bisher auf ein Jahr befristeten Stelle einer Pädagogischen Gesamtleitung der Evangelischen Kindergärten über den 30.09.2014 hinaus, ist für den Haushalt 2014 im Einzelplan 4, Unterabschnitt 4640 sicherzustellen.

Begründung

Die qualitativen Anforderungen an die Kinderbetreuungseinrichtungen steigen stetig. Die SPD-Fraktion sieht alle Träger von Tageseinrichtungen in Köngen auf einem guten Weg hohe Standards zu halten und zu garantieren. Wir bekennen uns auch ausdrücklich zur gesetzlichen und gesellschaftlichen Verantwortung der bürgerlichen Gemeinde für diese wichtige Kernaufgabe. Dabei ist auch anzuerkennen, dass die Evangelische Kirchengemeinde als Träger von 4 Kindergärten mit 11 Gruppen eine Pädagogische Gesamtleitung benötigt, um dem gemeinsam gesetzten hohen Anspruch weiterhin gerecht werden zu können. Allein im Ehrenamt durch Kirchengemeinderätinnen und –räte oder im Nebenamt durch einen Pfarrer lassen sich die Aufgaben eines Kindergartenträgers in dieser Größenordnung nicht mehr schultern. Mittelfristig ist eine Pädagogische Gesamtleitung für alle Köngener Kindergärten zur Qualitätssicherung anzustreben.

5. Grunderwerb Lärmschutzwall

Die im Einzelplan 3 Unterabschnitt 3600 „Grunderwerb, Umweltschutz u.a.“ für den Erwerb von Grundstücken zum Bau eines Lärmschutzwalles an der A8 vorgesehenen Mittel in Höhe von insgesamt 930.000,-- EUR sind zu streichen.

Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 30.01.2012 einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Planung eines Lärmschutzes an der A8 gefasst. Die Vorbereitung des Grunderwerbes war ebenso Teil des Beschlusses, wie die Aufstellung eines Bebauungsplanes.

Grundlage des Beschlusses war unter Anderem die in einer Aktennotiz des Büro Mörgenthaler im Bezug auf das Bebauungsplanverfahren enthaltene Feststellung: „...Das Verfahren soll zeigen, in welchem Umfang es möglich und in der Abwägung der verschiedenen Belange auch vertretbar ist, statt der Wand einen für die Gemeinde kostengünstigeren Lärmschutzwall zu erstellen....“

Nach dem derzeitigen Stand des Bebauungsplanverfahrens und der öffentlichen Diskussion ist nicht davon auszugehen, dass 2014 ein Planungsstand erreicht wird, der es rechtfertigt in den Grunderwerb mit fast 1 Mio. Euro einzusteigen. Nach den Grundsätzen des kommunalen Haushaltsrechtes sind allerdings nur Finanzmittel im Haushaltsplan zu veranschlagen, mit deren Abfluss im Laufe des Haushaltsjahres auch gerechnet werden kann.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Köngen
Gemeinderatsfraktion
mit
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



SPD-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

6. Radverkehr

Für den Beitritt der Gemeinde Köngen in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e.V.“ werden die notwendigen Mittel in Höhe von 1.000 EUR im Haushaltsplan 2014 bereitgestellt.

Begründung:

Zur Förderung des Radverkehrs und für die Verkehrssicherheit halten wir es für erforderlich in einem ersten Schritt Mängel und Gefahrenquellen des bestehenden Radnetzes zu ermitteln und zu beseitigen (z.B. Gullydeckel Nürtinger Straße). Dies kann mit den für die Straßenunterhaltung im Haushalt vorgesehenen Mitteln finanziert werden.

In einem zweiten Schritt möchten wir eine Erweiterung des Radwegenetzes in Angriff nehmen. Eine umfassende Vernetzung innerhalb der Gemeinde und mit der weiteren Umgebung soll gewährleistet und angemessene Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sollen geschaffen werden.

Um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden und um alle Möglichkeiten auszuschöpfen halten wir es für erforderlich, die Bevölkerung in den Planungsprozess einzubeziehen.

Die Bereitstellung einer verbesserten Infrastruktur für Radnutzung erhöht die Attraktivität des Fahrradfahrens und ist somit ein geeigneter Beitrag Autoverkehr zu reduzieren. In diesem Zusammenhang können Feinstaub und Lärm innerhalb unseres Ortes vermindert werden.

Wir beantragen den Beitritt in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e.V.“, einem Zusammenschluss von über 30 Kommunen auch in unserer Nähe, die sich das Ziel gesetzt haben den Fahrradverkehr im Land systematisch zu fördern. Durch einen Erfahrungs- und Informationsaustausch möchten die Kommunen nachhaltige Mobilität im Allgemeinen und Radverkehr im Speziellen vor Ort etablieren und fördern. Auch Köngen kann und soll von dieser Zusammenarbeit profitieren. Der Mitgliedsbeitrag für Kommunen unter 10.000 Einwohner beträgt 1.000 €/Jahr.

Für die Antragsteller

gez.

Gerhard Gorzelli